

22.09.2021

von

„Unterm Strich blicken wir Optimismus auf das zweite Halbjahr und das kommende Jahr.“

Im RND-Interview äußert sich Stefan Schneider zur Konjunkturprognose, die der Bankenverband halbjährlich erarbeitet.

Corona
Digitalisierung
Wirtschaftswachstum
Weltwirtschaft

EZB
Konjunktur
Geldpolitik
Niedrigzinsen
Konjunkturprognose
Unternehmen
Nachhaltigkeit
Konsum
Lieferkette
Konjunkturprognose
Herbst 2021

Stefan Schneider

Vorsitzender Ausschuss für
Wirtschafts- und Währungspolitik

Bankenverband erwartet Belebung der Konjunktur: „Auftragseingänge sind spektakulär“

Stefan Schneider ist Chefvolkswirt für Deutschland der Deutschen Bank und Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschafts- und Währungspolitik des Bankenverbandes. Im RND-Interview äußert er sich zu der Konjunkturprognose, die

Blog

der Bankenverband halbjährlich erarbeitet. Basis der Prognose ist eine Umfrage unter den 15 Chefvolkswirten privater Banken, die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschafts- und Währungspolitik sind. Interview vom 22. September 2021 im Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Herr Schneider, der Bankenverband legt heute seine neue Konjunkturprognose vor. Mit welchem Gefühl blicken Sie in die Zukunft?

Unterm Strich blicken wir mit Optimismus auf das zweite Halbjahr und das kommende Jahr. Wir rechnen damit, dass die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 3,3 und im kommenden um 4,6 Prozent wachsen wird. Das Vorkrisenniveau werden wir in den nächsten Monaten erreichen. Zur Wahrheit gehört aber auch, dass die Risiken für die wirtschaftliche Entwicklung zuletzt zugenommen haben.

[Konjunkturausblick der privaten Banken](#) from [Bankenverband](#)

Welche Risiken bereiten Ihnen Sorgen?

Die Delta-Variante des Corona-Virus trifft die europäische Wirtschaft – und sei es nur, weil in China wichtige Häfen kurzfristig geschlossen werden. Auch der Mangel an Mikrochips und Grundstoffen wie Holz, Metall oder Baumaterial ist ein Problem und verhindert gerade, dass die deutsche Industrie richtig durchstartet.

Lieferengpässe und Wartezeiten von mehreren Wochen sind zumindest für Westdeutsche ein neues Phänomen. Wie ist es zu den Engpässen gekommen?

Die Knappheit vieler Güter ist ohne Zweifel Folge der weltweiten Pandemie. Viele Branchen, etwa die Autoindustrie, haben während der ersten Lockdowns ihre Produktion herunter- und nachher wieder hochgefahren. Das nahezu zeitgleiche Anspringen der Konjunktur überall auf der Welt hat zu einer schlagartigen Nachfrage und in der Folge zu Engpässen geführt. Mir hat vor Kurzem ein Mittelständler berichtet, dass selbst absolute Standardprodukte wie Gummimuffen nirgends mehr zu bekommen sind. Das ist außergewöhnlich, wird sich aber voraussichtlich in den nächsten Monaten legen.

Sollten Unternehmen auf Lieferengpässe reagieren – etwa in dem sie ihre Lagerbestände wieder vergrößern?

Diese Debatte ist nicht neu, die haben wir in der Vergangenheit immer wieder geführt, wenn globale Lieferketten abgerissen sind. Denken Sie an den Ausbruch des isländischen Vulkans Eyjafjallajökull und den anschließenden Zusammenbruch des Flugverkehrs im Jahr 2010. Auch damals hat man über Konsequenzen diskutiert, am Ende aber hat sich meist das Kosten- und Produktivitätsargument durchgesetzt. Das dürfte dieses Mal ähnlich sein, auch wenn

Blog

das eine oder andere Unternehmen seine Lagerhaltung jetzt womöglich etwas hochfahren wird oder nach zusätzlichen Lieferanten Ausschau hält.

Was macht sie trotz der Risiken so optimistisch, dass die Konjunktur weiter an Fahrt gewinnt?

Zunächst einmal sehen wir, dass die Weltkonjunktur angesprungen ist. Ein Exportland wie Deutschland profitiert davon maßgeblich. Die Auftragseingänge sind spektakulär. Die Auftragsbücher der Industrie sind für die nächsten zehn bis elf Monate voll, das haben wir in der Form noch nie gesehen. Auch der private Konsum treibt das Wachstum und wird deutlich anziehen, weil die Sparquote durch die Lockdowns überdurchschnittlich hoch ist. Ihr gespartes Geld werden die Menschen auch wieder ausgeben wollen.

Was muss die neue Bundesregierung tun, um die Wirtschaft weiter zu beleben?

Der Aufbau einer CO₂-neutralen Wirtschaft muss einer der Schwerpunkte einer neuen Bundesregierung jedweder Couleur sein. Generell müssen wir für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands mehr tun. Dass Planungsprozesse in Deutschland zu lange dauern, ist dabei nur ein Punkt und keine neue Erkenntnis. Hier brauchen wir mehr Tempo. Notwendige Infrastrukturvorhaben, die Deutschland etwa bei der Nachhaltigkeit oder auch bei der Digitalisierung voranbringen, sollten vor Ort nicht mehr durch Interessengruppen verzögert werden können, die gar nicht direkt betroffen sind.

Viele Menschen besorgt die aktuell hohe Inflation. Sie nicht?

Die Inflation ist aktuell erheblich durch coronabedingte Basis- und Sondereffekte getrieben. Rechnet man Energie- und Lebensmittelpreise heraus, dann wird die Kernrate im Euro-Raum in diesem Jahr bei 1,2 Prozent liegen. In Deutschland werden die Verbraucherpreise in diesem Jahr um knapp 3 Prozent steigen. Im kommenden Jahr sollte die Inflationsrate – auch nach Meinung der Zentralbanken – wieder auf 2 Prozent sinken.

Besteht nicht die Gefahren einer Preisspirale, die sich – einmal in Gang geraten – nur schwer wieder stoppen lässt?

Es gibt in der Tat einige strukturelle Entwicklungen, die zu derartigen Sorgen Anlass geben. Durch das Ausscheiden der Babyboomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt werden Arbeitskräfte knapp, was tendenziell zu höheren Löhnen und in der Folge auch zu höheren Preisen führen dürfte. Der Umbau der Wirtschaft auf CO₂-neutrale Produktionsweisen dürfte viele Produkte zunächst verteuern. Und wenn als Reaktion auf die Corona-Pandemie gesundheitskritische Güter in Deutschland und Europa statt in Asien produziert werden, führt das wohl auch zu höheren Preisen. Andererseits: In den letzten beiden Dekaden fiel die Inflation tendenziell niedriger aus als zunächst erwartet. Die strukturellen Argumente werden unter Ökonomen teilweise kontrovers diskutiert. Vor diesem

Blog

Hintergrund muss die weitere Entwicklung insbesondere bei den Löhnen genau beobachtet werden.

Das heißt, die EZB wird bei ihrer Niedrigzinspolitik bleiben, von der zwar Kreditnehmer profitieren, die Sparern und Menschen, die für das Alter vorsorgen, aber das Leben schwer macht?

Wir sehen im Moment nicht, dass die EZB bis 2023 ihre Zinsen anheben wird. Die Zentralbank hat ja ihr Inflationsziel leicht nach oben angepasst und erklärt, dass sie ein moderates Überschreiten temporär akzeptieren wird.

Das heißt, die Menschen müssen sich auch langfristig nach anderen Anlageformen als dem Sparbuch oder der Lebensversicherung umschauen.

Das ist sicherlich eine sinnvolle Erwägung. Die Geldpolitik der EZB zielt darauf ab, dass die Wirtschaft mehr investiert. Wer die Kaufkraft seines Ersparnen erhalten will, sollte sich daher überlegen, wie er oder sie am Erfolg derartiger Investition teilhaben kann. Das Sparbuch ist da sicherlich nicht erste Wahl.

Die Fragen stellte Andreas Niesmann.